

Wachstumspolitisches Manifest der Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden

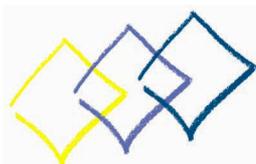
(Bündner Gewerbeverband, Hotelierverein Graubünden,
Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden)

Obwohl die konjunkturelle Entwicklung der vergangenen Jahre auch in Graubünden positive Effekte auf die wirtschaftliche Entwicklung hatte – insbesondere im Tourismus, der Zweitwohnungswirtschaft und der spezialisierten Industrie – hat sich die Wettbewerbsfähigkeit Graubündens kaum verbessert. Ein Vergleich mit anderen Kantonen und Nachbarregionen zeigt, dass sich die Position von Graubünden trotz gesunder Kantonsfinanzen und Anstrengungen in vielen Politikbereichen verschlechtert hat:

- Die Bündner Wirtschaft ist nur langsam gewachsen. Einzig das Bündner Rheintal erreicht ein Wachstum, welches annäherungsweise dem Schweizer Durchschnitt entspricht. Die meisten Bündner Regionen schrumpfen. Die ausländischen Nachbarregionen holen bezüglich Wirtschaftskraft gegenüber Graubünden auf.
- In der aktuellen Studie der Credit Suisse zur Standortattraktivität der Schweizer Kantone belegt Graubünden einen hinteren Rang. Die beiden Steuerreformen werden eine Verbesserung bewirken und Graubünden mittelfristig im Mittelfeld positionieren. Um im Steuerwettbewerb der Kantone ganz vorne mitzuwirken, gehen die Anstrengungen jedoch noch zu wenig weit.
- Die Geburtenrate Graubündens ist im gesamtschweizerischen Vergleich sehr niedrig. Es ist zu erwarten, dass die sich daraus ergebenden demographischen Veränderungen (Überalterung, rückläufige aktive Bevölkerung) in den nächsten Jahren besonders in peripheren Regionen sehr negativ auswirken werden.
- Die sich anbahnende konjunkturelle Baisse könnte sich für die Bündner Wirtschaft fatal auswirken, da in verschiedenen Politikbereichen der Wachstumsaspekt bisher vernachlässigt oder nicht ausreichend beachtet wurde (Zweitwohnungswirtschaft, Tourismuspolitik, Verkehrspolitik, Bildung, Raumplanung, Gemeindestrukturen, Energiepolitik etc.).

Die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden stellen in Bezug auf die zukünftige Entwicklung des Wirtschafts- und Wohnstandortes Graubünden folgendes fest:

- Damit sich der Kanton Graubünden auch in Zukunft als eigenständiger Wirtschafts- und Wohnstandort positionieren kann, ist eine **wachsende oder zumindest konstante Bevölkerungszahl notwendig**. Wird dieses Ziel aufgegeben, werden Infrastruktur- und



DACHORGANISATIONEN DER WIRTSCHAFT GRAUBÜNDEN

Haushaltkosten steigen, die Abwanderung beschleunigt und eine offensive Standortentwicklungspolitik beinahe verunmöglicht.

- Das aktuelle Update des Wirtschaftsleitbildes Graubünden gelangt aufgrund einer Studie des Amtes für Wirtschaft und Tourismus zum Schluss, dass **ein jährliches Wirtschaftswachstum von mindestens 2% notwendig** ist, um Arbeitsplätze sicherzustellen und genügend Leute anzuziehen.
- Damit Graubünden für Zuzüge von Personen und Unternehmen attraktiv ist und eine Abwanderung verhindert werden kann, braucht es **attraktive Rahmenbedingungen** und eine **Wirtschaftspolitik, die echte Impulse gibt**.

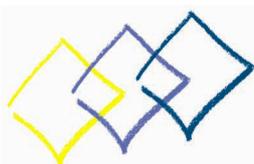
Vor diesem Hintergrund sind die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden der Auffassung, dass Graubünden nun **eine Wachstumsstrategie** braucht, die konsequent umgesetzt wird. Die Wachstumsstrategie hat dabei auf den folgenden Elementen aufzubauen:

1. Erhöhung des finanziellen Handlungsspielraums.
2. Verbesserung der Standortvoraussetzungen.
3. Durchführung gezielter Wachstumsinitiativen.

1. Erhöhung des finanziellen Handlungsspielraums.

Eine Wachstumsinitiative erfordert eine solide finanzielle Grundlage des Staatshaushalts. Der kantonale Haushalt hat sich dank guter Wirtschaftslage, konsequenter Haushaltsdisziplin mit Ausgabensenkung und fortschrittlicher Steuerpolitik in den letzten Jahren sehr gut entwickelt. **Für eine progressive Wirtschaftspolitik braucht es jedoch mehr. Zu stärken sind jene Bereiche, die Wertschöpfung generieren, Mehreinnahmen versprechen und Sparpotenzial in sich bergen.** Der angestrebte finanzielle Spielraum des Staates ist schliesslich im Rahmen einer Steuersenkung staatsquotenneutral einzusetzen.

- **Mögliche Sparpotenziale ausschöpfen:**
Die Reorganisation der Gemeindestrukturen ist voranzutreiben. Ein höheres Tempo ist unerlässlich. Die öffentlichen Investitionen sind gezielt(er) auf Ihr Kosten-Nutzenverhältnis zu überprüfen. Eine Fokussierung ist notwendig.
- **Mögliche zusätzliche Finanzierungsquellen für den Staatshaushalt erschliessen:**
Diejenigen Potenziale sind zu erschliessen, bei denen das Angebot Graubündens auf eine international starke Marktnachfrage stösst. Eine an die Marktwirtschaft angepasste Zweitwohnungs- und Elektrizitätswirtschaftspolitik (Marktwertbesteuerung, Ressourcenrente statt Wasserzinsen) ist auszuarbeiten. Die Ansiedlung von guten Steuerzahlern (Rentner) ist mit geeigneten Rahmenbedingungen zu fördern.



2. Verbesserung der Standortvoraussetzungen.

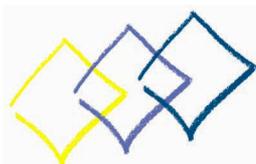
Die dezentrale Lage und die niedrige Besiedlungsdichte bedeuten für Graubünden einen grossen Standortnachteil. Nur wenn der Kanton in der Lage ist, wirklich günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, ist Graubünden für Zugzüge und Ansiedlungen genügend attraktiv.

- **Umsetzung einer Tiefsteuerstrategie:**
Die gut erschlossenen Täler (Rheintal, Vorderes Prättigau, Mittelbünden, Mesolcina) und die Tourismuszentren könnten von einer Tiefsteuerstrategie stark profitieren, da sie über die Voraussetzungen verfügen, attraktive natürliche und juristische Steuerpersonen anzuziehen. Modellrechnungen des Wirtschaftsforums Graubünden zeigen, dass bei einem staatsquotenneutralen Einsatz der Einnahmepotenziale aus Elektrizitätswirtschaft eine Senkung der Unternehmenssteuern auf das Niveau des Kantons Zug denkbar ist.
- **Potenzialorientierte Verkehrs- und Standortpolitik:**
Es ist uns bewusst, dass in der Verkehrs- und Raumplanung viele divergierende Interessen aufeinanderprallen. Die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden vertreten die Auffassung, dass den Wachstumszielen vermehrt Beachtung geschenkt werden muss. Über die Bereitstellung von Wachstumsflächen, die gemeindeübergreifende Raumentwicklung und das Schaffen der raumplanerischen Voraussetzungen für prosperierende Agglomerationen sind die vorhandenen Potenziale zu erschliessen.
- **Stärkung des regionalen Arbeitsmarktes:**
Der regionale Arbeitsmarkt spielt eine zentrale Rolle, um attraktive Arbeitskräfte zu behalten resp. anzuziehen und damit Wachstum zu sichern. Die Harmonisierung der Bildungssysteme, die Stärkung der höheren Fachbildung und die Clusterbildung sind aus diesem Grund voranzutreiben.
- **Urbane Lebensqualität fördern:**
Die heutige, moderne und mobile Gesellschaft strebt nach Urbanität. Die übergreifende Zusammenarbeit in der Agglomerationsentwicklung und die Anbindung an die umliegenden Zentren sind verstärkt zu fördern.

3. Durchführung gezielter Wachstumsinitiativen.

Geeignete Instrumente können es schaffen, gezielte Wachstumsimpulse in Branchen auszulösen, z.B. in Form von

- **Verbesserten Rahmenbedingungen zur Ansiedlung von vermarktungsfähigen und rentablen Beherbergungskapazitäten:**
Das Angebot im Tourismus ist infolge Strukturwandels rückläufig. Neue Betriebe sind



zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zur Generierung der erwünschten touristischen Wertschöpfung essentiell. Unsere Erfahrung zeigt, dass die Ansiedlung von Beherbergungskapazitäten oftmals nicht an der fehlenden Nachfrage, sondern an restriktiven Rahmenbedingungen scheitert. Raumordnung, Bewilligungspraxis und die Gesetzgebung im Allgemeinen sind darauf auszurichten, dass neue Beherbergungskapazitäten geschaffen werden können.

- **Aufbau von Vermarktungsstrukturen:**

Trotz vorhandener Potenziale sind die strukturellen Voraussetzungen in verschiedenen Branchen ungenügend auf deren Ausschöpfung ausgerichtet. Der Kanton soll dort eingreifen, wo ein hohes, nicht erschlossenes Wachstumspotenzial besteht, z.B. Tourismus, Energiepolitik, Waldwirtschaft, Ernährungswirtschaft, etc.

- **Schaffen von Voraussetzungen für die Ansiedlung von exportorientierten Betrieben:**

Einzelne Betriebe können grossen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung von Branchen oder Regionen haben. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Ansiedlungen punktuell Sinn machen können. Daran ist im Sinne der Wachstumspolitik festzuhalten.

- **Optimierung und Ausbau der Energieproduktion und des Energiehandels:**

Vor dem Hintergrund der Liberalisierung der europäischen Strommärkte und steigender Energiepreise sind die Rahmenbedingungen für die Optimierung und den Ausbau der Energieproduktion sowie für den Handel zu verbessern, mit dem Ziel, die Ressourcenrente markant zu steigern.

Wachstumspaket schnüren

Graubünden steht an einem Scheitelpunkt. Gelingt es nicht, ein Wachstum von jährlich rund 2 Prozent zu generieren, ist mit einem deutlichen Einbruch der Bevölkerungszahl zu rechnen. Um diese Abwanderung zu verhindern, werden Regierung und Grosser Rat eingeladen, die Voraussetzungen zu schaffen, um ein Wachstumspaket im Sinn obiger Erwägungen zu schnüren. Parlament und Regierung, Gemeinden und Kanton, Politik und Wirtschaft sind aufgerufen, in dieser Sache am selben Strick zu ziehen. Die Dachorganisationen der Wirtschaft unterstützen die Einleitung und Durchsetzung mit allen Kräften.

Chur, 12. November 2008



DACHORGANISATIONEN DER WIRTSCHAFT GRAUBÜNDEN